

Der „organisierte Liberalismus“ in Duisburg 1918 – 1933

Dieter Langewiesche konstatierte schon 1988, dass „[ü]ber die Entwicklung des kommunalen Liberalismus in der Weimarer Ära [...] bislang wenig“¹ bekannt sei. Er forderte damals, die Liberalismusforschung um eine mikrogeschichtliche Perspektive zu verbreitern. Zum Kommunalliberalismus um die Jahrhundertwende sind in den letzten Jahren zwar in wachsender Zahl Untersuchungen erschienen, die auch von methodischen Überlegungen begleitet werden.² Für den Untersuchungszeitraum der Weimarer Republik ist Langewiesches Aufforderung hingegen bis heute nur vereinzelt umgesetzt worden.³

In diesem Sinne sollen am Beispiel der beiden liberalen Parteien, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP)/Deutsche Staatspartei (DStP) und der Deutschen Volkspartei (DVP), in Duisburg bzw. seit der kommunalen Neugliederung 1929 Duisburg-Hamborn, die Spezifika des kommunalen Liberalismus in den Jahren 1918 bis 1933 herausgearbeitet werden. Vor dem Hintergrund kommunaler Krisenpolitik trafen in der Großstadt die Traditionslinien des rheinischen Liberalismus und seine Exponenten auf veränderte Ausgangsbedingungen für Parteiarbeit und -organisation. Besondere Beachtung sollen die spezifischen Züge der beiden Parteien, ihr Verhältnis zuein-

1 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988, S. 278.

2 Zuletzt Detlef Lehnert (Hrsg.): Kommunaler Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900. Köln u.a. 2014; zur Methodologie Dieter Langewiesche: Liberalismus und Region. In: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. München 1995, S. 1-18; Karl Heinrich Pohl: „Einig“, „kraftvoll“, „machtbewusst“. Überlegungen zu einer Geschichte des deutschen Liberalismus aus regionaler Perspektive. In: Historische Mitteilungen 7 (1994), S. 61-80.

3 Für die Zwischenkriegszeit sind zu einzelnen deutschen Städten Aufsätze zum dortigen politischen Liberalismus erschienen, bspw. Ursula Büttner: Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906-1930. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 63 (1977), S. 1-34; Günter Hollenberg: Bürgerliche Sammlung oder sozialliberale Koalition? Sozialstruktur, Interessenlage und politisches Verhalten der bürgerlichen Schichten 1918/19 am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main. In: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 392-430; Petrus Müller: Der politische Liberalismus in Nürnberg 1918-1945. Struktur, Stärke, Programmatik, Persönlichkeiten und politisches Verhalten. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg 78 (1991), S. 231-263; Tobias Dürr: „Hochburg der Demokratie“ zwischen Weimarer Republik und Einheitssozialismus. Liberal-demokratisches Milieu in Zittau? In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 10 (1998), S. 33-54.

ander sowie ihre regionalen Kennzeichen und Ausprägungen finden. Außerdem lässt sich anhand des Fallbeispiels die problematische Quellenlage für kommunale Parteiengeschichte aufzeigen.

Forschungsproblem

Von kurzen Abschnitten zu den einzelnen lokalen Parteiorganisationen in Gesamtdarstellungen zur Stadtgeschichte abgesehen, ist die Forschung zur Parteiengeschichte in Duisburg unvollständig. Entsprechend existieren für die Zeit der Weimarer Republik keine Spezialstudien zur Geschichte und Organisation des politischen Liberalismus. Allein über die prägende (national-)liberale Persönlichkeit dieser Zeit, Karl Jarres, Oberbürgermeister von Duisburg von 1914 bis 1933, liegen zwei Biographien vor.⁴ Eine Ausnahme bildet Stephanie Günthers Dissertation zur kommunalpolitischen Arbeit der DVP, welche ihre Thesen beispielhaft an der Duisburger Ortsgruppe erläutert.⁵

Angesichts des bisherigen Forschungsstandes wäre eine derartige Studie primär auf bislang ungedruckte Quellen aus dem Zeitraum von 1918 bis 1933 angewiesen. Leider besitzen weder das Stadtarchiv Duisburg noch das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, originäre Partequellen. Es ist zu vermuten, dass auch die Bestände der Duisburger liberalen Parteiverbände und Ortsgruppen entweder um 1933 bewusst vernichtet worden oder bei Privatpersonen verloren gegangen sind.⁶ Eine Teilrekonstruktion über Nachlässe liberaler Duisburger Persönlichkeiten (bspw. Karl Jarres, Otto Most), die das Stadtarchiv besitzt, ist ebenfalls nicht möglich, da sie zum parteigebundenen Kommunalliberalismus keine Aussagen enthalten.

Infolgedessen kann die Organisationsstruktur und das politische Wirken des politischen Liberalismus in Duisburg nur mit Hilfe von archivalischen Quellen, die einen indirekten Bezug zu den liberalen Parteien haben, erschlossen werden. Hier sind vor allem die Bestände verschiedener Lokalzeitungen sowie die Protokolle der Duisburger Stadtverordnetenversammlung

4 Vgl. Paul-Heinz Dünnebacke: Karl Jarres im Kaiserreich und in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Diss. Münster 1975; Jürgen D. Kruse-Jarres: Karl Jarres. Ein bewegtes Politikerleben vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. München 2006.

5 Vgl. Stephanie Günther: Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik. Marburg 2011. Als Duisburger Quellenkorpus zog Günther die Protokolle der Stadtverordnetenversammlung heran.

6 Vgl. die Überlegungen zu den reichsweiten Beständen bei Lothar Albertin/Konstanze Wegner (Hrsg.): Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933. Eingeleitet von Lothar Albertin. Düsseldorf 1980, S. LII-LV, LXI; Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002, S. 19-21; Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen. Düsseldorf 1994, S. 13 f.

von 1919 bis 1933 zu nennen. Besondere Bedeutung für die Analyse besitzen die lokalen Presseerzeugnisse, da sie der Stadtbevölkerung als wichtigste Informationsquelle in Fragen der Kommunalpolitik dienten. Die beiden bürgerlichen Tageszeitungen, die „Rhein- und Ruhrzeitung“ (RRZ) und der „Duisburger Generalanzeiger“ (DGA), konzentrierten sich mit besonderer Aufmerksamkeit auf die liberalen Ratsfraktionen, Parteien und Vorfeldorganisationen.⁷ Die RRZ war eine parteinahe Zeitung der DVP – und mit Abstrichen auch der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) –, wohingegen der DGA als überparteilich galt. Die ebenfalls bürgerliche Essener Rheinisch-Westfälische Zeitung, die auch in Duisburg eine eigenständige Lokalredaktion unterhielt, berichtete allein über die lokale DNVP (sowie phasenweise die NSDAP) und ist für diesen Zweck ungeeignet. Die tagespolitische Arbeit von DDP und DVP lässt sich aus den Niederschriften über die Sitzungen der Duisburger bzw. Duisburg-Hamborner Stadtverordnetenversammlung erschließen und der Untersuchung nutzbar machen. Darüber hinaus können aus den Kommunalwahlergebnissen Erkenntnisse zur stadtteilspezifischen Verankerung der liberalen Parteien abgeleitet werden.

Die nachfolgende Analyse – besonders die Untersuchung der Parteiorganisation – muss, gerade wegen des Fehlens originärer Parteiquellen, unter dem Vorbehalt der Überlieferungsrekonstruktion erfolgen.

Vorgeschichte und Gründung von DDP und DVP

Bis es durch die Novemberrevolution 1918 auch auf kommunaler Ebene zu einer politischen Zäsur kam, dominierten in Duisburg die Vertreter des politischen Liberalismus, also Honoratioren aus dem Industriebürgertum, die Kommunalpolitik. Das preußische Dreiklassenwahlrecht sicherte ihnen eine strukturelle Mehrheit. Sie punkteten bei den hiervon begünstigten Wählern aus den höheren Steuerabteilungen mit ihrer lokalen Verwurzelung und konnten somit auf eine programmatische Ausrichtung verzichten. Ihre absolute Mehrheitsposition ermöglichte es ihnen, ein Politikverständnis zu bewahren, welches zwischen Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung eine flexible und konsensorientierte Zusammenarbeit vorsah. Die Honoratio-

7 Vgl. Peter Cinka: Träger kommunaler Entscheidungsprozesse in Duisburg in der Zeit von 1890 bis 1919. Duisburg 1992, S. 222-225.

ren sahen ihre und die gesamtstädtischen Interessen in Einklang zueinander.⁸ Das Kennzeichen der Epoche war der sogenannte Munizipalsozialismus.⁹ Die Vertreter des Kommunalliberalismus in Stadtverordnetenversammlung und Verwaltungsspitze gingen im späten 19. Jahrhundert dazu über, in ihren Kommunen ein Netz sozialer Sicherheit bereitzustellen, um die gesellschaftlichen Folgen der Industrialisierung und ab 1914 des Weltkrieges für die Bevölkerung zu dämpfen. Auch die Stadt Duisburg hatte bis Ende 1918 alle Versorgungseinrichtungen in kommunalen Besitz überführt.¹⁰

Im Kaiserreich war die Nationalliberale Partei (NLP), welche im protestantischen Bürgertum beheimatet war, die dominante liberale Partei im gesamten Ruhrgebiet. Sie entsandte ihre Vertreter in den Reichstag und in die Kommunalparlamente. Die verschiedenen linksliberalen Gruppierungen, die sich 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) vereinigt hatten, spielten im Vergleich zu den Nationalliberalen, der Sozialdemokratie und der Zentrumspartei eine marginale Rolle.¹¹ Die Stärke des Duisburger Kommunalliberalismus manifestierte sich noch bei der Wahl des Nationalliberalen Karl Jarres zum Oberbürgermeister im April 1914, welche innerhalb der liberalen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung ausgehandelt worden war.¹²

Die Auswirkungen der Novemberrevolution erreichten schon am 10. November 1918 mit der Konstituierung eines Arbeiter- und Soldatenrates das Duisburger Stadtgebiet und seine Umgegend. Die Stadtverwaltung unter Führung ihres Oberbürgermeisters Karl Jarres gelang es jedoch, durch persönliche Gespräche mit den Revolutionären in die Arbeit des Revolutionsorgans eingebunden zu werden und eine Aufgabentrennung beider Institutionen schon am 11. November 1918 festzulegen.¹³ Die amtierende Stadtverordnetenversammlung war in diese Verhandlungen nur indirekt eingebunden, denn es fehlte dem Kommunalparlament an Legitimation in der Bevölkerung und bei den neuen Machthabern, da es nach dem weite Kreise diskriminie-

8 Rainer Maria Buhr: Industriegesellschaft und organisierter politischer Liberalismus. Eine Untersuchung zu den sozialstrukturellen Voraussetzungen liberaler Wahlerfolge im Ruhrgebiet zur Zeit des Kaiserreiches. Diss. Essen 1988, S. 208 f u. 218; Dieter Langewiesche: Kommunaler Liberalismus im Kaiserreich. Bürgerdemokratie hinter den illiberalen Mauern der Daseinsvorsorge-Stadt. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Kommunaler Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900, Köln u.a. 2014, S. 39-71, hier S. 51 f.

9 Vgl. zum Begriff Langewiesche: Kommunaler Liberalismus (wie Anm. 8), S. 56.

10 Vgl. Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 4), S. 56-63; Horst Romeyk: Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914-1945. Düsseldorf 1985, S. 314.

11 Vgl. Buhr: Industriegesellschaft (wie Anm. 8), S. 124-127; zu den Wahlergebnissen der Reichstagswahlen 1907 und 1912 in Duisburg siehe Cinka: Entscheidungsprozesse (wie Anm. 7), S. 277 f.

12 Vgl. Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 4), S. 45-49.

13 Vgl. Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 4), S. 76 u. 78-80; Günter von Roden: Geschichte der Stadt Duisburg, Bd. 2: Die Ortsteile von den Anfängen. Die Gesamtstadt seit 1905. Duisburg 1974, S. 355.

renden Dreiklassenwahlrecht gewählt worden war. Gleichwohl wurde durch das Verhandlungsgeschick des liberalen Oberbürgermeisters nicht nur die Exekutivfunktion der Stadtverwaltung gewahrt, sondern auch die parlamentarische Gremienarbeit auf kommunaler Ebene blieb in der Duisburger Umbruchzeit intakt.¹⁴ Insbesondere die Liberalen wurden in den ersten Revolutionstagen in den darauf gebildeten neuen revolutionären Entscheidungsgremien nicht berücksichtigt. Der Gewerkvereinssekretär Alfred Czieslik war der einzige liberale Stadtverordnete (FVP) im Duisburger Arbeiter- und Soldatenrat.¹⁵

Andere Arbeiten haben sich ausführlich mit den Vorgängen der Neustrukturierung des politischen Liberalismus 1918, die zur Fortsetzung der organisatorischen Spaltung führten, beschäftigt¹⁶, so dass an dieser Stelle nur auf das Ergebnis der Parteientransformation für Duisburg hingewiesen werden muss.

Die Duisburger Ortsgruppen der NLP und der FVP sowie weitere bürgerliche Kreise warteten die Vorgänge auf Reichsebene zunächst ab. Erst am 30. November 1918 trat die Ortsgruppe Duisburg der DDP, in welcher die FVP aufgegangen war, mit einem Aufruf reichspolitischen Inhalts an die Öffentlichkeit.¹⁷ Tags darauf reagierte der Duisburger Vorstand der NLP und beschloss den Beitritt zur DVP Gustav Stresemanns.¹⁸ Während die DDP in anderen Teilen des Reichsgebietes in der Werbung ehemaliger Nationalliberaler erfolgreich war, wurden im Duisburger Raum nur vereinzelte Mitglieder der NLP abgeworben. So verblieben auch die Duisburger Jungliberalen, die Jugendorganisation der NLP, bei der DVP, obwohl ihre Reichsleitung zur DDP gewechselt war. Ihr Führer Siegfried Müller wurde sogar am 9. Dezember 1918 zum Vorsitzenden der DVP Duisburg nominiert.¹⁹ Die Parteientransformation an Rhein und Ruhr führte somit zu keinen größeren Verschiebungen innerhalb der liberalen Mitglieder- und Organisationsbestände

14 Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass sich die folgenden reichsweiten Krisen auch auf Duisburg in z.T. bürgerkriegsähnlichen Ausmaßen ausgewirkt haben, vgl. Roden: Duisburg (wie Anm. 13), S. 356-358 u. 362-365.

15 Vgl. Cinka: Entscheidungsprozesse (wie Anm. 7), S. 432 u. 436. Eine unmittelbare Reaktion auf die Revolutionsvorgänge von Seiten der Duisburger liberalen Parteien ist nicht überliefert.

16 Siehe die detailreichen Abschnitte bei Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972, S. 54-72; Richter: Volkspartei (wie Anm. 6), S. 31-45 (mit Blick auf Stresemanns Rolle); Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linkoliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973, S. 13-45, (z.T. mit Inneneinsichten des Autors als Zeitzeugen).

17 Vgl. Stadtarchiv Duisburg (StADU), 68/14, DGA 30.11.1918, S. 2, 4; StADU, 68/4, RRZ 30.11.1918 Morgenaugabe, S. 3.

18 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 01.12.1918, S. 5.

19 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 10.12.1918 Morgenaugabe, S. 3.

der Vorkriegszeit. Das Ergebnis der Kommunalwahlen vom Februar 1919 war ebenfalls atypisch. Die DVP errang 7.520 Stimmen und die DDP 6.239 Stimmen, das waren ungefähr 10,1 % bzw. 8,4 % der Gesamtstimmenzahl. Zieht man die Ergebnisse der zuvor stattgefundenen Wahlen zur Nationalversammlung und zum preußischen Landtag hinzu, so hatte die DVP in Duisburg entgegen dem reichsweiten Trend besser abgeschnitten als die DDP.²⁰

Organisation

Im vertikalen Gefüge beider Parteien war die Ortsgruppe als kleinste Organisationseinheit vorgesehen. Bei der DVP bestand diese satzungsgemäß aus den Organen Mitgliederversammlung, Vorstand und Geschäftsführender Ausschuss. In DDP-Statuten waren Mitgliederversammlung, Vorstand und optional eine Hauptvertrauensfrau vorgesehen. Da die Satzungen nur wenige Paragraphen zur Ortsgruppenebene besaßen, konnte eine solche Basisstruktur beliebig erweitert werden, solange das Prinzip der Reichspartei nicht angetastet wurde.²¹ Das Problem der Reichsleitung bestand vielmehr darin in wirtschaftlichen Notzeiten – vor allem während der Inflation 1922/23 und seit der Weltwirtschaftskrise 1929 – die Existenz der untersten Organisationseinheiten zu gewährleisten.²² Neben ihrer organisatorischen Selbstverwaltung blieben die Ortsgruppen in der Auslegung ihrer Kommunalpolitik weitestgehend unabhängig von der jeweiligen Reichspartei.²³ Im Laufe der 1920er Jahre wurden bei der DVP kommunalpolitische Leitfäden und Richtlinien jedoch auch auf Reichsebene entwickelt.²⁴

Zum Aufbau der Duisburger Organisationen liegen nur fragmentarische Informationen vor. Gesicherte Auskunft zum Ortsgruppenvorstand der Duisburger DDP gibt allein das zweimal erschienene Organisationshandbuch der Reichsgeschäftsstelle für die Jahre 1925 bis 1928. Danach setzte sich der Vorstand der Ortsgruppe Duisburg aus einem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, einem Schriftführer und einem Schatzmeister zusammen. Die Ämter

20 Vgl. Roden: Geschichte (wie Anm. 13), S. 368; zu den Duisburger Ergebnissen der Wahl zur preußischen Konstituante siehe StADU, 68/4, RRZ 28.01.1919 Morgenausgabe, S. 1 (DDP: 7.835 Stimmen, DVP: 11.738 Stimmen); zur Nationalversammlung siehe StADU, 68/4, RRZ 21.01.1919 Morgenausgabe, S. 1 (DDP: 9.368 Stimmen, DVP: 15.920 Stimmen).

21 Vgl. Albertin/Wegner: Linksliberalismus (wie Anm. 6), S. XXXIII; Richter: Volkspartei (wie Anm. 6), S. 153.

22 So beklagte etwa die Reichsleitung der DDP, dass der inflationsbedingte Wiederaufbau der untersten Organisationsebene durch die dichte Abfolge der Wahlen noch 1926 nicht abgeschlossen wäre, vgl. Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei (Hrsg.): Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1926, S. 10 f.

23 Vgl. Günther: Kommunalpolitik (wie Anm. 5), S. 101.

24 Vgl. ebd., S. 109 u. 126.

wiesen in dieser Zeit eine hohe personelle Kontinuität auf. Außerdem besetzten die Duisburger zugleich die führenden Positionen im übergeordneten Wahlkreisverband Düsseldorf-West der DDP (Vorsitz, Geschäftsführung und Schatzmeister).²⁵ Zeitweilig existierten sogar stadtteilbezogene Ortsgruppen. 1930 wurde analog der Vorgänge im Reichsgebiet auch in Duisburg-Hamborn ein Aktionsausschuss der Deutschen Staatspartei aufgestellt. Dieser gab am 17. August 1930 die Gründung der DStP bekannt. Nach eigenen Angaben hätten sich dieser neuen Partei Vertreter der DDP, der DVP, der Volksnationalen Reichsvereinigung (darunter der Jungdeutsche Orden) und der Gewerkschaften angeschlossen. Der Blick auf den Duisburger Gründungsauftruf verdeutlichte, dass die Mehrzahl Mitglieder der DDP waren.²⁶ Das DDP-Übergewicht verstärkte sich noch, als die Volksnationalen nach der Reichstagswahl die Partei verließen.²⁷ Die DStP in Duisburg übernahm die Strukturen der DDP.²⁸

Die Strukturen der Volkspartei entsprachen denen der Demokraten. Sie waren jedoch auf der unteren Organisationsebene stärker ausgebaut als bei der linksliberalen Konkurrenz. Die Gründe hierfür dürften einerseits in den Strukturen der ehemaligen NLP liegen, welche die DVP sich nutzbar machen konnte. Andererseits hatte die Wahlkreisorganisation des 23. Wahlkreises früh ein Gespür für die Bedeutsamkeit kommunalpolitischer Strukturen entwickelt.²⁹ Wie bei der DDP gab es zwischen dem Stadtkreisverband Duisburg(-Hamborn) und dem Wahlkreisverband personelle und organisatorische Doppelungen. Die Basis bildeten wiederum die Ortsgruppen, teilweise auch Bezirke genannt, in den ehemaligen eigenständigen Ortsteilen und den einwohnerreichen Stadtteilen, die zum Ende der Weimarer Republik aus Finanznot z. T. zusammengelegt wurden.³⁰ Mit der Vergrößerung des Duisburger Stadtgebietes mussten die vormals eigenständigen Parteiorganisationen Hamborns und des Landkreises Düsseldorf in den Stadtkreisverband (und im Falle Duisburg-Süds auch in den Wahlkreisverband) integriert werden. Sowohl die DDP als auch die DVP in Hamborn hatten sich bis zuletzt gegen den Zusammenschluss ihrer Heimatstadt mit Duisburg gewehrt, so dass diese neuen Parteimitglieder zudem mit der veränderten Situation

25 Vgl. Reichsgeschäftsstelle: Organisationshandbuch (wie Anm. 22), S. 293 f; Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei (Hrsg.): Ergänzungsband zum Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1928, S. 122.

26 Dort lassen sich nur zwei DVP-Mitglieder nachweisen, vgl. StADU, 68/4, RRZ 17.08.1930 Sonntagsausgabe, S. 16.

27 Vgl. mit den Vorgängen in Hamburg: Büttner: Vereinigte Liberale (wie Anm. 3), S. 33 f.

28 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 16.08.1930 Morgenauflage, S. 3.

29 Vgl. Günther: Kommunalpolitik (wie Anm. 5), S. 147, 149 u. 161.

30 So geschehen mit den Ortsgruppen Duissern und Neudorf, vgl. StADU, 68/4, RRZ 02.03.1933 Abendausgabe, S. 3.

versöhnt werden mussten.³¹ Stärker noch als in den Jahren zuvor musste die DVP-Geschäftsführung nach 1929 viel Zeit aufwenden, die eigene Organisation vor der interessengeleiteten Aufsplitterung zu bewahren.³² Im Vorfeld der Mutterpartei existierten zudem Unterabteilungen DVP-naher Jugendorganisationen auf Stadtteil- bzw. Stadtkreisebene: der Hindenburgbund als offizieller Jugendverband und der sogenannte Februar-Klub.³³ Beide Gruppierungen verhielten sich durchweg loyal zur Mutterpartei. Ihr innerparteilicher Einfluss war jedoch begrenzt, denn Vertreter der DVP-Jugend wurden auf den Kommunalwahlvorschlägen nie an aussichtsreicher Stelle platziert.³⁴

Zur Finanzierung der beiden liberalen Organisationen liegen keine spezifischen Informationen aus Duisburg vor. Es lässt sich aber sagen, dass bei der Aufstellung der Wahlvorschläge für die Duisburger Kommunalwahlen weniger das Sonderinteresse großindustrieller Spender als vielmehr der stadtteilspezifische Proporz berücksichtigt wurden. Eine weitere einflussreiche, weil zahlenmäßig große Interessengruppe waren die Vertreter des mittelständischen Gewerbes. Forum und Medium der Interessengruppen waren die Fachausschüsse, die in unterschiedlicher Dichte auf Wahlkreis-, Stadtkreis- und Ortsverbandsebene bestanden. Deren Einflussnahme ist jedoch nur am Einzelfall nachzuweisen: Die mittelständischen Vertreter in der DVP-Fraktion votierten etwa in der Frage der Biersteuererhöhung 1930 gegen die Fraktionsmehrheit.³⁵

Sowohl die DDP als auch die DVP waren zwischen 1919 und 1933 in Gruppen- oder Fraktionsstärke in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.³⁶ Anhand der berufsständischen und wohnortsbezogenen Angaben zu den Fraktionsmitgliedern und Listenkandidaten lässt sich ein Vergleich der liberalen Fraktionen und Parteien anstellen. Die Wahlvorschläge wurden jeweils in der Lokalpresse veröffentlicht und enthielten neben dem Namen der Kandidaten, deren Beruf – ausgenommen beim Wahlvorschlag der DDP für

31 Siehe den Boykottaufruf der Hamborner Parteien, StADU, 68/4, RRZ 07.07.1929 Sonntagsausgabe, S. 10.

32 Bspw. den Bericht des Geschäftsführers Adolf Beyer über die Aufstellung des Wahlvorschlags zu den Stadtverordnetenwahlen des Jahres 1929 bei der DVP-Beeck, vgl. StADU, 68/4, RRZ 15.11.1929 Abendausgabe, S. 4.

33 Über eine DDP-Jugendgruppe ist (auch in der Presse) nichts überliefert.

34 So wurde der langjährige Vorsitzende des Wahlkreisjugendverbandes Düsseldorf-West, Curt Gilles, bei den Kommunalwahlen 1929 und 1933 jeweils auf dem aussichtslosen Listenplatz Nr. 12 aufgestellt, vgl. StADU, 68/4, RRZ 24.10.1929 Morgenausgabe, S. 3; RRZ 04.03.1933 Morgenausgabe, S. 6.

35 Vgl. StADU, 100A/1/18, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 31. Oktober 1930 (11. Sitzung) [Konvolut ohne Seitenzahlen].

36 Die Demokraten waren mit einer sechsköpfigen Fraktion (1919-1924), einer Ratsgruppe von zwei Stadtverordneten (1924-1929) und zuletzt einer Einzelabgeordneten (1929-1933) vertreten. Die DVP entsandte sieben (1919-1924), acht (1924-1928) und wieder sieben (1929-1933) Stadtverordnete in das Stadtparlament.

die Wahlen 1929 – und Anschrift.³⁷ Dass die liberalen Parteien die Mehrzahl ihrer Kandidaten aus Alt-Duisburg rekrutierten, war ihnen gemeinsam. Dennoch achtete die DVP 1919 und 1924 mehr als ihre linksliberale Konkurrentin auf einen stadtteilspezifischen Proporz in ihrem Wahlvorschlag. Stattdessen berücksichtigten die Demokraten in ihrem fünfzehnköpfigen Aufgebot für die Kommunalwahl 1924 nur einen einzigen Vertreter, der nördlich der Ruhr wohnhaft war. Die Eingliederung Hamborns und des Südens verlangte eine erhöhte Kompromissfähigkeit bei der Aufstellung der Wahlvorschläge für die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung im November 1929. DDP und DVP begegneten dieser Aufgabe mit der Berücksichtigung der Hamborner Parteikollegen auf niedrigen einstelligen Listenplätzen. Die ebenfalls neu hinzugekommenen Ortsteile im Süden, die jedoch mehrheitlich katholisch geprägt waren, wurden hingegen benachteiligt.

Die Kommunalwahllisten waren berufsständisch weit gestreut. Die Größe der volksparteilichen Wahlvorschläge (jeweils ungefähr 25 Kandidaten) lässt vermuten, dass es sich hierbei – ähnlich der Reichsliste bei Reichstagswahlen – insgesamt „um eine Art „Visitenkarte“ handelte, die über die für die DVP besonders charakteristischen politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Kräfte informieren sollte“.³⁸ Die Fraktionen kennzeichnete jedoch, dass sie keine Arbeitervertreter in ihren Reihen hatten.³⁹ Personelle Änderungen während der Legislaturperiode (aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen) veränderten das berufliche und geographische Gewicht innerhalb der Fraktionen nur unerheblich.⁴⁰

Frauen waren auf den Wahlvorschlägen unterrepräsentiert. Mit Hedwig Averdunk (DVP, 1924-1933) und Grete Pasie (DDP/DStP, 1919-1933) saßen zwei weibliche Stadtverordnete in den Reihen der Liberalen. Über die Konfessionsstruktur der Wahlvorschläge und der gewählten Fraktionsmitglieder geben die herangezogenen Quellen keine Auskunft. Geistliche Berufe waren jedenfalls nicht vertreten. Obwohl von einer mehrheitlich protestantischen Mitglieder- und Wählerstruktur auszugehen ist, waren nachweisbar einzelne Positionen zwischenzeitlich mit Juden oder Katholiken besetzt.⁴¹

37 Für 1919, vgl. StADU, 68/4, RRZ 18.02.1919 Morgenausgabe, S. 4; für 1924, vgl. StADU, 102/434, Stadtverordneten-Wahl 4. Mai 1924; für 1929, vgl. StADU, 68/4, RRZ 24.10.1929 Morgenausgabe, S. 3 (DVP); StADU, 68/4, RRZ 15.10.1929 Morgenausgabe, S. 4 (DDP); StADU, 68/4, RRZ 05.11.1929 Morgenausgabe, S. 7 (beide).

38 Wolfgang Hartenstein: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920. Düsseldorf 1962, S. 217.

39 Vgl. Cinka: Entscheidungsprozesse (wie Anm. 7), S. 455-458.

40 Vgl. StADU, 102/432, Brief von Julius Liebreich an Oberbürgermeister Jarres, 04.02.1921; StADU 102/434, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsordnungs- und Verfassungsausschusses, 16.11.1926; Günther: Kommunalpolitik (wie Anm. 5), S. 161.

41 Vgl. Cinka: Entscheidungsprozesse (wie Anm. 7), S. 455-458 u. 460; Günther von Roden: Geschichte der Duisburger Juden. Bd. 2. Duisburg 1986, S. 936 f u. 1200.

Die Betrachtung der Wahlergebnisse der Kommunalwahlen nach Stimmbezirken (siehe Anhang)⁴² gibt Aufschluss über die Hochburgen der DDP und DVP im Stadtgebiet. Danach lagen die Wählerreservoirs der DVP in den mehrheitlich bürgerlich geprägten Geschäfts- und Wohnvierteln Duisburgs.⁴³ Schon bei der Kommunalwahl 1919 hatte sie hier über dem Durchschnitt (bspw. im sogenannten Wasserviertel mit 24,5% der Stimmen) abgeschnitten. Die DDP war auf einem niedrigeren Niveau in allen Stadtteilen recht ausgeglichen vertreten. Sie war in verschiedene Wählerschichten eingebrochen, hatte sich jedoch noch nicht etabliert. Die DVP wiederum hatte zwar ihre Mehrheitsposition im bürgerlichen Lager verloren, konnte sich aber gegenüber den Demokraten behaupten. Die DVP erzielte bei den Stadtverordnetenwahlen 1924 in allen Stadtteilen Stimmengewinne, während die DDP große flächendeckende Verluste erlitt (u. a. wegen der neuen Wählergruppen). Die DVP reüssierte besonders in ihren bürgerlichen Hochburgen des Jahres 1919, so dass sie wieder zur stärksten Kraft im protestantischen Bürgertum avancierte. Die DVP hatte offenbar frühere nationalliberale Wähler von den Demokraten und Deutschnationalen zurückgewonnen. Das DDP-Ergebnis näherte sich prozentual wieder den linksliberalen Reichstagswahlstimmen im Kaiserreich an. Bei der Kommunalwahl 1929 fiel sie unter das prozentuale Niveau der FVP bei den Reichstagswahlen 1912.⁴⁴ Auch die DVP musste sowohl in absoluten als auch prozentualen Zahlen doppelstadtweit Stimmenverluste hinnehmen. Ihre innerstädtischen Hochburgen konnte sie mit leichten bis mittelgroßen Verlusten behaupten. Erst bei den Stadtverordnetenwahlen im März 1933 stürzte auch die DVP in der Wählergunst auf das Niveau der DStP ab (1,2% zu 0,2%). In keinem der gesondert aufgeführten Stadtteile war ein Ausreißer nach oben verzeichnet.⁴⁵

Einen einmaligen Eindruck von der Wählerstruktur des politischen Liberalismus in Duisburg gibt der am 11. Dezember 1918 veröffentlichte Gründungsauftruf der DVP, den 330 Mitglieder, Sympathisanten und Unterstützer der Partei unterzeichnet hatten.⁴⁶ Die Anzahl und Berufsstruktur der Unterzeichner lassen den Anspruch der DVP erkennen, dass sie sich in Duisburg als Partei, die Anhänger und Wähler in allen Bevölkerungsschichten hat, verstand und angesehen werden wollte. Die Wählerbasis der Jahre 1919 und 1924 bestätigt diese Tendenz. Eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bestand jedoch in der Zusammensetzung der Duisburger Ent-

42 Stimmbezirksergebnisse werden aufgeführt in StADU, 68/14, DGA 24.02.1919, S. 2; StADU, 68/4, RRZ 06.05.1924 Morgenauflage, S. 6; StADU, 68/14, DGA 18.11.1929, S. 3.

43 Zur soziräumlichen Charakterisierung der Duisburger Stadtteile siehe Manfred Schulz: Die Entwicklung Duisburgs und der mit ihm vereinigten Gemeinden bis zum Jahre 1962. Duisburg 1977, S. 131-136.

44 Vgl. Cinka: Entscheidungsprozesse (wie Anm. 7), S. 278.

45 Vgl. StADU, 68/14, DGA 13.03.1933, S. 3.

46 Vgl. StADU, 68/14, DGA 11.12.1918, S. 4.

scheidungsträger gegenüber ihrer Mitgliederbasis. Die Demokraten hatten keinen vergleichbar üppigen Wahlauftruf veröffentlicht. Zur überregionalen Mitgliederbasis der DDP ist festgestellt, dass die DDP um die gleichen sozialen Wählermilieus warb wie die DVP.⁴⁷ Dieses Ergebnis entspricht den Verhältnissen in Duisburg, da im Kaiserreich allein die NLP das bürgerlich-liberalkonservative Milieu abgedeckt hatte, so dass sich die Mitglieder der (indirekten) Nachfolgeparteien (einschließlich DNVP) um dieses Mitglieder- und Wählerreservoir gruppierten.

Besonders in den Anfangsmonaten der Weimarer Republik umwarben DDP und DVP einen neuen Mitglieder- und Wählerkreis. Sie zielten vor allem auf die potentiellen Wählerinnen, die sie mit weiblichem Personal und eigenen Veranstaltungsformaten, sogenannten „politischen Unterweisungsabenden für Frauen und Mädchen“, über ihr Wahlrecht aufklären und für sich gewinnen wollten.⁴⁸ Gleichwohl stellten auch die ehemaligen Mitglieder und Sympathisanten der Duisburger NLP eine gesondert umworbene Gruppe dar.⁴⁹ Die Liberalen waren hinsichtlich ihrer Parteiorganisation bemüht ihr Selbstbild als Honoratiorenverein zu modifizieren, indem sie über das Jahr hinweg (besonders in den Wintermonaten) versuchten Kontakte zu den Mitgliedern und Wählern aufzubauen.⁵⁰ Die Parteien organisierten Mitgliederversammlungen, Informationsveranstaltungen (sogenannte „Kommunalpolitische Abende“)⁵¹, Stammtischsitzungen und Veranstaltungen zu den Gedenktagen des Kaiserreichs (Kaisergeburtstag, Sedanstag) respektive der Republik (Verfassungstag)⁵² oder Einzelereignissen (Trauerkundgebung für Gustav Stresemann, Rheinlandräumung)⁵³. Erst aufgrund rückläufiger finanzieller Ressourcen in der Niedergangphase der Weimarer Republik verlangsamte sich die eingeleitete Emanzipation der liberalen Parteien von ihrem früheren Bild als abgeschlossener Honoratiorenverband, da auch die Mitgliederpflege und -werbung reduziert bzw. eingestellt werden musste. Über Mit-

47 Vgl. Lothar Döhn: Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei. Meisenheim am Glan 1970, S. 55 f.; Langewiesche: Liberalismus (wie Anm. 1), S. 243 f.; Wilhelm Ribbegge: Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789-1947. Münster 2008, S. 341.

48 Vgl. StADU, 68/14, DGA 15.12.1918, S. 2; StADU, 68/4, RRZ 06.12.1918 Morgenausgabe, S. 4; RRZ 01.01.1919, S. 2; RRZ 05.01.1919, S. 2.

49 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 01.01.1919, S. 4; RRZ 14.01.1919, S. 2 u. 5; RRZ 17.01.1919 Abendausgabe, S. 1.

50 Vgl. Richter: Volkspartei (wie Anm. 6), S. 153; Horst Romeyk: Die Deutsche Volkspartei in Rheinland und Westfalen. In: RhVjbl 39 (1975), S. 189-236, hier S. 199 f.

51 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 04.06.1930 Morgenausgabe, S. 4; RRZ 05.06.1930 Morgenausgabe, S. 4.

52 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 13.07.1929, S. 3.

53 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 03.09.1925 Morgenausgabe, S. 3; RRZ 05.10.1929 Morgenausgabe, S. 3; RRZ 08.10.1929 Morgenausgabe, S. 3.

gliederzahlen ist wenig bekannt: 1926 soll die Duisburger DDP 300 bis 350 Mitglieder gehabt haben.⁵⁴

Politische Arbeit

Eine Duisburger Besonderheit war der nationalliberale Oberbürgermeister Dr. Karl Jarres, welcher kurz nach ihrer Gründung im Dezember 1918 der DVP beitrat⁵⁵ und über die Zäsur 1918/19 hinweg von 1914 bis 1933 amtierte. In seiner Rolle als Stadtoberhaupt vermied er es jedoch sich als Vertreter einer Partei zu exponieren. Zur DVP und ihren Stadtverordneten hielt er im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum Distanz.⁵⁶ In dieser Einstellung bekräftigten ihn die positiven Signale aus allen politischen Lagern (mit Ausnahme der Kommunisten). Die DVP warb nur bei den Kommunalwahlen 1933 mit „ihrem“ Oberbürgermeister!⁵⁷ In den kritischen Tagen im Frühsommer 1919 und im März 1920 wurde Jarres fraktionsübergreifend das Vertrauen ausgesprochen.⁵⁸ Der Oberbürgermeister wurde sowohl 1926 (einstimmig) wiedergewählt als auch 1930 (gegen die Stimmen der KPD) in seinem Amt bestätigt.⁵⁹

Entgegen der personellen Beständigkeit im Oberbürgermeisteramt herrschte eine größere Fluktuation bei den Beigeordnetenstellen sowie bei der parlamentarischen Majorität in Duisburg. Neue Beigeordnete wurden nach den politischen Mehrheitsverhältnissen gewählt, so dass sich die liberale Dominanz reduzierte und DDP und DVP sogar miteinander konkurrierten.⁶⁰ Die Minderheitenposition des politischen Liberalismus in der Stadtverordnetenversammlung seit 1919 hatte darüber hinaus Auswirkungen auf die kommunalpolitische Arbeit in diesem Gremium: Die DVP unterstützte mehr als andere Fraktionen die Politik der Stadtverwaltung. Diese asymmetrische

54 Die bis 1929 unabhängige Ortsgruppe Hamborn stagnierte schätzungsweise bei 50 Mitgliedern, vgl. Reichsgeschäftsstelle: Organisationshandbuch (wie Anm. 22), S. 294; dies.: Er-gänzungsband (wie Anm. 25), S. 122.

55 Vgl. Günther: Kommunalpolitik (wie Anm. 5), S. 167.

56 Vgl. ebd., S. 70 f.

57 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 12.03.1933, S. 14. Denn Jarres kandidierte zeitgleich für den Provinziallandtag.

58 Vgl. StADU, 100A/1/11, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 13. Mai 1919 (8. Sitzung), S. 65; Dünnebacke: Karl Jarres (wie Anm. 4), S. 125.

59 Vgl. StADU, 100A/1/14, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 3. Februar 1926 (1. Sitzung), S. 539; StADU, 100A/1/18, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 4. Januar 1930 (1. Sitzung).

60 Vgl. StADU, 100A/1/14, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 25. Mai 1923 (11. Sitzung), S. 225.

Beziehung stärkte den Oberbürgermeister und identifizierte die Politik der Volkspartei übermäßig mit den Zielen der Stadtverwaltung, eine Haltung, die von Seiten der DVP auch offensiv beworben wurde.⁶¹ Die nationalliberalen Stadtverordneten bemühten sich, so lange wie möglich die Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung, ein Kernstück ihres Gedankenguts, abzuwenden, indem sie auf der Ausgabenseite die Nothaushaltspläne der Stadtverwaltung gegen den Willen ihrer Interessengruppen unterstützten.⁶²

Im Wahlkampf 1919 orientierte sich die DVP inhaltlich und personell an der NLP, um sich als Garant von Kontinuität und Stabilität anzubieten. Die Wahlversammlungen mit tagesaktuellen Fragen standen im Widerspruch zum „unpolitischen“ Anspruch der volksparteilichen Kommunalpolitik.⁶³ Das Aufkommen von Interessenparteien beeinflusste den DVP-Wahlkampf 1924 und 1929, weshalb man diese einerseits attackierte und andererseits aber jeweils erfolglos die Bildung einer bürgerlichen Einheitsliste forcierte.⁶⁴ Ab 1924 forderten die Rechtsliberalen zudem einen Rückbau der kommunalen Beteiligungen und Eigenbetriebe zugunsten der heimischen Unternehmer.⁶⁵ Entsprechend der veränderten Ausgangsposition im Jahr 1929 propagierte die DVP mit einer gesamtstädtischen Politikperspektive angetreten zu sein und bezog somit Stellung gegen die berufsständischen und geographischen Partikularbestrebungen im bürgerlichen Lager.⁶⁶ Trotzdem umwarb die DVP weiterhin den Mittelstand.

Im Jahr 1919 angetreten unter dem Wahlspruch „Frische Luft in den Stadtverordneten-Saal“⁶⁷, setzte die DDP auf eine lagerübergreifende Kommunalpolitik, welche auch linksoppositionelle Anträge unterstützte, wenn sie ihren gesellschafts- und schulpolitischen Zielvorstellungen entsprachen.⁶⁸ In der ersten Nachkriegslegislaturperiode versuchte die demokratische Fraktion mit einer großen Anzahl von Anträgen und Anfragen auf ihre anderslautenden liberalen Positionen aufmerksam zu machen und sich als konstruktiv kri-

61 Zu dieser Einschätzung vgl. auch Günther: Kommunalpolitik (wie Anm. 5), S. 143 f.

62 Vgl. StADU, 100A/1/18, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 16. Mai 1931 (5. Sitzung).

63 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 18.02.1919, S. 2; RRZ 20.02.1919 Morgenausgabe, S. 2.

64 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 07.04.1924 Mittagsausgabe, S. 5; RRZ 04.05.1924, S. 7 u. 15; RRZ 10.09.1929 Abendausgabe, S. 4.

65 Vgl. zum Programm StADU, 68/4, RRZ 01.05.1924 Abendausgabe, S. 3.

66 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 13.11.1929 Abendausgabe, S. 4; RRZ 15.11.1929 Abendausgabe, S. 4.

67 Vgl. StADU, 68/4, RRZ 16.02.1919 Morgenausgabe, S. 5.

68 Vgl. StADU, 100A/1/11, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 5. März 1920 (4. Sitzung), S. 207 f (DDP-/SPD-Antrag zur Unterstützungsmittelstreichung für ein katholisches Oberlyzeum); StADU, 100A/1/14, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 2. April 1925 (6. Sitzung), S. 470 f (Unterstützungsankündigung von Vorschlägen der Linksparteien in der Haushaltssrede).

tische Alternative zu positionieren.⁶⁹ Danach war der tagespolitische Einfluss der DDP-Ratsgruppe durch den Verlust des Fraktionsstatus' stark vermindert, auch wenn sie über eine Wahlgemeinschaft mit der volksparteilichen Fraktion bei den Wahlen zu den Ausschüssen berücksichtigt wurde.⁷⁰ In den Jahren von 1929 bis 1933 war Grete Pasie als DDP-Einzelabgeordnete marginalisiert.⁷¹

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten in Deutschland und Duisburg mit scheinlegalen und totalitären Mitteln die Macht und verdrängten die liberalen Parteien und ihre Vertreter, die schon zuvor an Anziehungskraft eingebüßt hatten, von der politischen Mitwirkung. Unter dem Druck des NS-Staates lösten sich DStP und DVP spätestens im Sommer 1933 auch in Duisburg auf.⁷²

Fazit

Trotz quellenbedingter Einschränkungen macht die Einnahme einer mikrogeschichtlichen Perspektive es also möglich, die Eigenarten und Eigenständigkeit der kommunalen DDP/DStP und DVP hervorzuheben. Von dieser Arbeitsgrundlage her bietet die skizzenhafte Analyse bezüglich der Geschichte und Organisation von DDP und DVP somit folgende Schlussfolgerungen für Duisburg an:

1. Die liberalen Konkurrentinnen DDP und DVP hatten nach 1918 verschiedenartige Startbedingungen, da sie das nationalliberale Vorkriegsmilieu organisatorisch und personell ungleich repräsentierten. Hiervon abhängig war auch die Aufbauarbeit beider Parteien. In ihrer Organisationsentwicklung waren DDP und DVP bemüht, den allgemeinen republikanischen Neuerungen sowie den stadspezifischen Anforderungen Rechnung zu tragen.
2. Im Einklang mit dem reichsweiten Trend verschoben sich bei den Wählern nur anfangs die Zustimmungswerte innerhalb des liberalen Lagers. Der politische Liberalismus konnte im Nachkriegsjahrzehnt (1919

69 Über 50 Anfragen/Anträge wurden gestellt; im gleichen Zeitraum brachte die DVP nur zehn vor, eigene Zusammenstellung nach StADU, 100A/1/11 und StADU, 100A/1/14.

70 Vgl. StADU, 100A/1/14, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg am 23. Mai 1924 (4. Sitzung), S. 337f.

71 Siehe ihre Haushaltssreden, vgl. StADU, 100A/1/18, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 25. April 1930 (6. Sitzung); StADU, 100A/1/18, Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg-Hamborn am 16. Mai 1931 (5. Sitzung).

72 Zu den offiziellen Terminen vgl. Romeyk: Volkspartei (wie Anm. 50), S. 234; Stephan: Linksliberalismus (wie Anm. 16), S. 490.

bis 1924 ganzheitlich, 1924 bis 1929 in Form der DVP) in einem kleineren Maßstab an den Einfluss der Nationalliberalen im Kaiserreich anknüpfen und blieb dementsprechend bis zu seinem Niedergang nach 1929 eine nicht zu vernachlässigende Größe der Duisburger Kommunalpolitik. Ihren geographischen und soziologischen Schwerpunkt hatten die Liberalen in den bürgerlichen Stadtteilen Alt-Duisburgs.

3. Die liberalen Parteien hatten ein besonderes Verhältnis zur Duisburger Stadtverwaltung. Die städtische Exekutive dominierten unter dem Vorsitz des nationalliberalen Oberbürgermeisters Karl Jarres nach 1918 weiterhin mehrheitlich Angehörige des Bürgertums und Exponenten des kommunalen Liberalismus. Dementsprechend wurde die Arbeit der Stadtspitze – vor allem von der „Oberbürgermeisterpartei“ DVP – bejaht. Die DDP zeigte auch hier ihr Streben nach Emanzipation von überkommenen Politikformen.

Diese lokalen Besonderheiten waren jedoch nur bedingt wirkmächtig. Dem allgemeinen Trend einer reichsweiten Marginalisierung des „organisierten“ Liberalismus zu Beginn der 1930er Jahre konnte sich auch die Duisburger Spielart nicht entziehen.

Anhang: DDP- und DVP-Kommunalwahlergebnisse 1919, 1924 und 1929
nach Stadtteilen

Stadtteil	Stimmanteil 1919		Stimmanteil 1924		Stimmanteil 1929	
	DDP	DVP	DDP	DVP	DDP	DVP
Gesamtstadt	8,4 %	10,1 %	3,6 %	12,7 %	1,7 %	8,4 %
Duisburg-Altstadt	7,9 %	11,7 %	4,1 %	17,4 %	2,0 %	12,2 %
„Wasserviertel“	14,8 %	24,5 %	7,1 %	30,3 %	5,1 %	26,6 %
Dellviertel	10,9 %	17,9 %	5,6 %	22,5 %	2,3 %	19,2 %
Duissern	13,7 %	21,1 %	4,5 %	21,4 %	2,9 %	20,7 %
Neudorf	6,5 %	8,3 %	4,7 %	16,4 %	2,0 %	13,1 %
Hochfeld	5,7 %	6,8 %	4,2 %	8,6 %	1,8 %	9,7 %
Neuenkamp	2,2 %	7,5 %	3,1 %	10,5 %	1,0 %	5,9 %
Kaßlerfeld	10,2 %	11,4 %	4,0 %	13,4 %	2,0 %	9,2 %
Wanheimerort	5,6 %	5,9 %	2,5 %	8,2 %	1,3 %	7,0 %
Wanheim-Angerhausen	9,2 %	23,2 %	2,5 %	11,5 %	1,0 %	8,8 %
Duisburg-Süd	-	-	-	-	2,3 %	4,4 %
Ruhrort	14,5 %	14,2 %	4,1 %	18,6 %	2,1 %	14,1 %
Laar	7,3 %	4,1 %	2,3 %	5,9 %	1,9 %	3,5 %
Beeck	7,1 %	7,1 %	3,9 %	9,7 %	1,7 %	6,0 %
Beeckerwerth	-	-	0,8 %	1,4 %	0,9 %	2,8 %
Meiderich	7,0 %	5,8 %	2,2 %	6,1 %	1,0 %	4,7 %
Hamborn	-	-	-	-	2,2 %	5,8 %
Hamborn-Neumühl	-	-	-	-	1,3 %	5,0 %
Hamborn-Obermarxloh	-	-	-	-	1,1 %	3,1 %
Hamborn-Marxloh-Fahrn	-	-	-	-	1,8 %	6,7 %
Hamborn-Alsum	-	-	-	-	0,9 %	9,5 %
Hamborn-Bruckhausen	-	-	-	-	0,8 %	6,7 %

(Eigene Aufstellung nach StADU, 68/14, DGA 24.02.1919, S. 2; StADU, 68/4, RRZ 06.05.1924 Morgenausgabe, S. 6; StADU, 68/14, DGA 18.11.1929, S. 3)